

# Der Brunnerbrief

No. 08/2017 – 02.06.2017



*Mein starkes Team und ich sind gewappnet für den Endspurt!*

## Union versperrt den Ausweg aus der „Teilzeitfalle“

Der von unserer Arbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegte Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, wurde von der Union abgeschmettert. Der Gesetzentwurf, der vor allem Frauen entlasten würde, sieht ein gesetzliches Recht auf die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung vor. Dieses Vorhaben war mit der Union im Koalitionsvertrag festgehalten worden, deshalb ist es richtig, dass Andrea Nahles von einem Koalitionsbruch spricht.

Es ärgert mich ungemein, da die Union offensichtlich wieder alles blockiert und vor allem die Realität in unserem Land missachtet. Denn Studien sagen, dass der Großteil der Menschen, die durch

eine Schwangerschaft, ein Elternjahr, die Pflege von Angehörigen oder aus gesundheitlichen Aspekten in Teilzeit gegangen sind, später wieder Vollzeit arbeiten will. Vor allem wäre ein verbrieftes Recht auf eine Rückkehr ein sicherer Schutz vor Altersarmut und ein Anreiz mehr eine Familie zu gründen, denn gerade die Elternzeit bedeutet für viele Frauen noch immer einen Karriereknick.

Gescheitert ist das Ganze nicht, weil die Union sich im Kleinklein nicht einigen kann, sondern weil sie einfach nicht will. Andrea Nahles Entwurf sieht vor, dass in Unternehmen ab einer Größe von 15 Mitarbeitern ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit bestehen soll, die Union fordert es ab einer Unternehmensgröße von 200 Mitarbeitern, ist aber da auch zu keinen Kompromiss zu bewegen.



[www.facebook.com/Brunner.SPD](http://www.facebook.com/Brunner.SPD)

Diese Haltung frustriert. Es ist eine Haltung, die wir nicht nur bei der Beseitigung der „Teilzeitfalle“ sehen, es eine Haltung die auch bei der „Ehe für alle“ und auch bei der Rehabilitierung der nach Paragraph 175 StGB verurteilten Homosexuellen zum Ausdruck kommt. Im Koalitionsvertrag vereinbarte Sachen, die nicht in das größtenteils konservativ, rückwärtige Weltbild der Union passen, werden blockiert. Dabei ist doch gerade Angela Merkel eine Frau die Karriere gemacht hat. Vielleicht gilt sie ihrer eigenen Partei als abschreckendes Beispiel. Wer weiß?

Sicher ist nur, dass wir den Menschen in diesem Land mehr Flexibilität schaffen wollen, wir wollen keine festen Rollenbilder. Wir wollen auch keine Fragen mehr mit dem Inhalt: „Familie oder Karriere? Pflege ich meine Angehörigen selbst oder gebe ich sie ins Heim?“. Das Gesetz hätte diese Fragen nicht beseitigt, aber die Konsequenzen daraus abgemildert, Sicherheit geboten. Bleibt nur zu hoffen, dass wir nach der Bundestagswahl in der Lage sein werden das Vorhaben umzusetzen.

## Abschiebestopp!

Am Donnerstagabend ging es noch einmal turbulent im Hohen Hause zu. In der Sondersitzung der Fraktion erfuhren wir, dass die Bundesregierung ein Abschiebestopp nach Afghanistan beschlossen hat. Der Druck durch Martin Schulz und der SPD war gut.

Nach dem verheerenden Terroranschlag am Mittwochmorgen war auch der Union klar, dass Afghanistan keinesfalls ein sicheres Land ist, in das man bedenkenlos Menschen abschieben kann.

Nach der Einschätzung des Außenministers Sigmar Gabriel und Martin Schulz wird die Lage in Afghanistan neu bewertet. Ausgenommen vom Ausreisestopp sind Straftäter und sogenannte „Gefährder“.

Es wird sich jetzt zeigen, ob man integrierte Menschen, die eine Ausbildung oder einen Job in Deutschland haben und auch die Sprache beherrschen, des Landes verweist, nur weil man dadurch am rechten Rand fischen will.

Ich bin mir sicher, dass ein Grund für das Einlenken der Union auch der aufsehenerregende Fall einer Abschiebung in Nürnberg war. Ich bedaure, dass es bei dem Einsatz zu mehreren Verletzten kam und wünsche allen baldige Genesung. Ich freue mich aber über das beeindruckende zivilgesellschaftliche Engagement der Schüler der Berufsschule in Nürnberg. Sie haben gezeigt, dass unsere Jugend sehr wohl eine politische Meinung hat, die klar zu einer offenen Gesellschaft tendiert.

Solche Fälle, wie der von Nürnberg, zeigen aber auch, dass ein solides Einwanderungsgesetz endlich notwendig ist. Die SPD hat eines in der Schublade, doch die Union versperrt sie.

---

## Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter [karl-heinz.brunner@bundestag.de](mailto:karl-heinz.brunner@bundestag.de) oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin



[www.facebook.com/Brunner.SPD](https://www.facebook.com/Brunner.SPD)

